

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 27. Februar 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik
über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit**

A. Zielsetzung

Es handelt sich um einen umfassenden Kooperationsvertrag, der perspektivische Aussagen zu allen wesentlichen Bereichen der bilateralen Zusammenarbeit und zur deutschen Minderheit in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik enthält.

B. Lösung

Ratifizierung des oben genannten Vertrags. Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes als Voraussetzung für den Austausch der Ratifikationsurkunden der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (213) – 301 30 – T 2 – Ts 12/92

Bonn, den 27. April 1992

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 3. April 1992 als besonders eilbedürftig zugeleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates werden unverzüglich nachgereicht.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Genscher

Entwurf

Gesetz
zu dem Vertrag vom 27. Februar 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und
der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik
über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit

Vom

1992

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Prag am 27. Februar 1992 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem dazugehörigen Briefwechsel zwischen dem Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland und dem Stellvertreter des Vorsitzenden der Regierung der CSFR und Minister für Auswärtige Angelegenheiten vom 27. Februar 1992 wird zugestimmt. Der Vertrag und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 35 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er die politischen Beziehungen des Bundes regelt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 35 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Der Vertrag enthält politische Verpflichtungen und Willensbekundungen, die selbst keine finanziellen Auswirkungen haben. Insofern sind keine unmittelbaren preislichen Auswirkungen davon zu erwarten.

Negative Auswirkungen auf die Umwelt in der Bundesrepublik Deutschland sind ebenfalls nicht zu erwarten.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik
über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit

Smlouva
mezi Spolkovou republikou Německo
a Českou a Slovenskou Federativní Republikou
o dobrém sousedství a přátelské spolupráci

Die Bundesrepublik Deutschland
und

die Tschechische und Slowakische Föderative Republik –

Spolková republika Německo

a

Česká a Slovenská Federativní Republika

entschlossen, an die jahrhundertelangen fruchtbaren Traditionen gemeinsamer Geschichte und an die Ergebnisse der bisherigen Zusammenarbeit anzuknüpfen sowie ihre gegenseitigen Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und freundschaftlicher Zusammenarbeit auf eine zukunftsweisende Grundlage zu stellen,

eingedenk der zahlreichen Opfer, die Gewaltherrschaft, Krieg und Vertreibung gefordert haben, und des schweren Leids, das vielen unschuldigen Menschen zugefügt wurde,

in dem festen Willen, ein für allemal der Anwendung von Gewalt, dem Unrecht und der Vergeltung von Unrecht mit neuer Ungerechtigkeit ein Ende zu machen und durch gemeinsame Bemühungen die Folgen der leidvollen Kapitel der gemeinsamen Geschichte in diesem Jahrhundert zu bewältigen,

in der Überzeugung, daß die Erfüllung der Sehnsucht ihrer Völker nach Verständigung und Versöhnung wesentlich zur Festigung des Friedens in Europa beiträgt,

zutiefst überzeugt von der Notwendigkeit, die Trennung Europas endgültig zu überwinden und eine gerechte und dauerhafte europäische Friedensordnung einschließlich kooperativer Strukturen der Sicherheit zu schaffen,

im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Verantwortung als Nachbarn in der Mitte Europas für den Aufbau dieses neuen, durch ein gemeinsames Erbe und gemeinsame Werte vereinten Europa,

in Anerkennung der Tatsache, daß der tschechoslowakische Staat seit 1918 nie zu bestehen aufgehört hat,

in Bestätigung des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik auch hinsichtlich einer Nichtigkeit des Münchener Abkommens vom 29. September 1938,

eingedenk des bedeutsamen Beitrags der Vollendung der Einheit Deutschlands und der demokratischen Veränderungen in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik für ein geeintes demokratisches Europa,

in Würdigung des Vertrags vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland,

rozhodnuty navázat na staleté plodné tradice společných dějin a na výsledky dosavadní spolupráce, jakož i postavit své vzájemné vztahy v duchu dobrého sousedství a přátelské spolupráce na základ zaměřený na budoucnost,

vědomy si četných obětí, které si vyžádalo panování násilí, válka a vyhnání, a těžkého utrpení, které bylo způsobeno mnohým nevinným lidem,

v pevné vůli skoncovat jednou provždy s použitím síly, bezprávím a odplatou bezpráví novou nespravedlností a společným úsilím překonat následky strastiplných kapitol společných dějin v tomto století,

presvědčeny, že naplnění touhy jejich národů po porozumění a usmíření významně přispívá k upevnění míru v Evropě,

hluboce přesvědčeny o nutnosti definitivně překonat rozdělení Evropy a vytvořit spravedlivé a trvalé evropské mírové uspořádání, včetně kooperativních struktur bezpečnosti,

vědomy si společné odpovědnosti, jakožto sousedé ve středu Evropy, za vybudování této nové Evropy, spojené společným dědictvím a společnými hodnotami,

uznávající skutečnost, že československý stát od roku 1918 nikdy nepřestal existovat,

potvrzující Smlouvu ze dne 11. prosince 1973 o vzájemných vztazích mezi Spolkovou republikou Německa a Československou socialistickou republikou také ohledně nulity mnichovské dohody z 29. září 1938,

majíce na paměti významný přínos, který znamenají završení sjednocení Německa a demokratické přeměny v České a Slovenské Federativní Republice pro sjednocenou demokratickou Evropu,

oceňující Smlouvu ze dne 12. září 1990 o konečném uspořádání ve vztahu k Německu,

im Bewußtsein der Bedeutung, welche die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft und die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik für ihre künftigen Beziehungen haben, sowie in Würdigung der Mitgliedschaft beider Staaten im Europarat,

eingedenk des schöpferischen Beitrags ihrer Völker zum gemeinsamen kulturellen Erbe Europas und der tiefen gegenseitigen Bereicherung ihrer Kulturen sowie der Bedeutung des Kulturaustauschs für das gegenseitige Verständnis,

in der Überzeugung, daß der jungen Generation bei der Neugestaltung der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihren Völkern eine besondere Rolle zukommt –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien werden ihre Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft gestalten. Sie streben eine umfassende friedliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten an. Sie werden ihren Dialog in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens erweitern und vertiefen.

(2) Sie streben die Schaffung eines Europa an, in dem die Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit geachtet werden und in dem die Grenzen ihren trennenden Charakter durch gegenseitiges Verständnis verlieren und auch durch den Abbau wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede überwunden werden.

Artikel 2

Die Vertragsparteien lassen sich bei der Gestaltung ihrer Beziehungen und in Fragen des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in der Welt insbesondere von folgenden Grundsätzen leiten:

Oberstes Ziel ihrer Politik ist es, den Frieden zu wahren und zu festigen sowie bewaffnete Konflikte und jede Art von Krieg wirksam zu verhindern.

Sie stellen den Menschen, seine Würde und seine Rechte, die Sorge für das Überleben der Menschheit und die Erhaltung der natürlichen Umwelt in den Mittelpunkt ihrer Politik.

Sie handeln in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen, und erfüllen ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen nach Treu und Glauben. Sie lassen sich leiten von der Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975 und den in der Folgezeit angenommenen KSZE-Dokumenten, insbesondere der Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. November 1990.

Sie achten gegenseitig ihre souveräne Gleichheit, ihre territoriale Integrität, die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, ihre politische Unabhängigkeit sowie den Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und den Grundsatz des Verbots der Drohung mit oder Anwendung von Gewalt.

Sie bekräftigen das Recht aller Völker, ihr Schicksal frei und ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu gestalten.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze. Sie bekräftigen, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.

(2) Sie verpflichten sich, die Souveränität und territoriale Integrität der anderen Vertragspartei uneingeschränkt zu achten.

wedomý si významu, který má členství Spolkové republiky Německo v Evropském společenství a zintenzivnění spolupráce mezi Evropskými společenstvími a Českou a Slovenskou Federativní Republikou pro jejich budoucí vztahy, a oceňující členství obou států v Radě Evropy,

mające na paměti tvůrčí přínos svých národů ke společnému kulturnímu dědictví Evropy a hluboké vzájemné obohacování svých kultur, jakož i význam kulturní výměny pro vzájemné porozumění,

přesvědčeny, že mladé generaci připadne zvláštní úloha v novém utváření vztahů a spolupráce mezi jejich národy,

se dohodly takto:

Článek 1

(1) Smluvní strany budou utvářet své vztahy v duchu dobrého sousedství. Budou usilovat o rozsáhlou mírovou a partnerskou spolupráci ve všech oblastech. Budou dále rozšiřovat a prohlubovat dialog v ovzduší vzájemné důvěry.

(2) Budou usilovat o vytvoření takové Evropy, v níž budou respektována lidská práva a základní svobody, jakož i zásady demokracie a právního státu a v níž hranice ztratí povahu dělicí čary na základě vzájemného porozumění a odstraňováním hospodářských a sociálních rozdílů.

Článek 2

Smluvní strany se při utváření svých vztahů a v otázkách míru, bezpečnosti a spolupráce v Evropě a ve světě budou řídit zejména těmito zásadami:

Nejvyšším cílem jejich politiky je zachovat a upevňovat mír, jakož i účinně zabráňovat ozbrojeným konfliktům a všem druhům válek.

Těžištěm jejich politiky je člověk, jeho důstojnost a práva, starost o přežití lidstva a zachování životního prostředí.

Jednají v souladu s mezinárodním právem, zejména s Chartou Organizace spojených národů, a své mezinárodněprávní závazky plní svědomitě a v dobré víře. Řídí se helsinským Závěrečným aktem ze dne 1. srpna 1975 a později přijatými dokumenty Konference o bezpečnosti a spolupráci v Evropě, zejména Pařížskou chartou pro novou Evropu ze dne 21. listopadu 1990.

Vzájemně respektují svou svrchovanou rovnost, územní celistvost, neporušitelnost svých hranic, svou politickou nezávislost, jakož i zásadu nevměšování do vnitřních záležitostí a zásadu zákazu hrozby silou nebo použití síly.

Potvrzují právo všech národů určovat svůj osud svobodně a bez vnějšího vměšování a uspořádat svůj politický, hospodářský, sociální a kulturní rozvoj podle vlastního přání.

Článek 3

(1) Smluvní strany potvrzují mezi nimi existující státní hranice. Potvrzují, že nemají vůči sobě žádné územní nároky a nebudou takové nároky vznášet ani v budoucnu.

(2) Zavazují se neomezeně respektovat svrchovanost a územní celistvost druhé Smluvní strany.

(3) Sie werden einen Vertrag über die Feststellung, Berichterstattung, Vermessung, Vermarktung und Erhaltung der gemeinsamen Grenze auf der Grundlage einer gemeinsamen kartographischen Dokumentation sowie über die Einrichtung einer ständigen gemischten Grenzkommission abschließen.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien bekräftigen, daß sie sich der Drohung mit oder Anwendung von Gewalt enthalten werden, die gegen die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit der jeweils anderen Vertragspartei gerichtet oder auf irgendeine andere Art und Weise mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen oder mit der Schlußakte von Helsinki unvereinbar ist.

(2) Alle ihre Streitigkeiten werden sie ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und keine ihrer Waffen jemals anwenden, es sei denn zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung. Sie werden niemals und unter keinen Umständen als erste Streitkräfte gegeneinander einsetzen.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien werden den Prozeß der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki und der nachfolgenden KSZE-Dokumente, insbesondere der Charta von Paris für ein neues Europa, unterstützen und unter Mitwirkung aller Teilnehmerstaaten weiter stärken und entwickeln, namentlich durch die Nutzung und den geeigneten Ausbau der neu geschaffenen Einrichtungen.

(2) Ziel dieser Bemühungen ist die Festigung von Frieden, Stabilität und Sicherheit und das Zusammenwachsen Europas zu einem einheitlichen Raum der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.

Artikel 6

Die Vertragsparteien fördern umfassend die Festigung der Sicherheit und den Aufbau kooperativer Strukturen der Sicherheit für ganz Europa. Mit diesem Ziel werden sie die Einrichtung und Tätigkeit ständiger Institutionen und Organe unterstützen. Sie werden insbesondere zusammenarbeiten, um die neuen Möglichkeiten gemeinsamer Anstrengungen im Bereich der Sicherheit zu nutzen.

Artikel 7

Falls eine Situation entsteht, die nach Meinung einer Vertragspartei eine Bedrohung für den Frieden oder eine Verletzung des Friedens darstellt oder gefährliche internationale Verwicklungen hervorrufen kann, so werden beide Vertragsparteien im Rahmen der Verfahren der KSZE wie auch der Vereinten Nationen zusammenarbeiten. Sie werden unverzüglich miteinander Verbindung aufnehmen und bemüht sein, ihre Positionen abzustimmen und Einverständnis über Maßnahmen zu erzielen, die geeignet sind, die Lage zu verbessern oder zu bewältigen.

Artikel 8

Die Vertragsparteien treten dafür ein, daß Streitkräfte und Rüstungen durch verbindliche und wirksam überprüfbare Vereinbarungen auf ein möglichst niedriges Niveau reduziert werden, das zur Verteidigung ausreicht, aber nicht zum Angriff befähigt. Sie werden sich, auch gemeinsam, für den multilateralen und bilateralen Ausbau vertrauensbildender und stabilisierender sowie anderer rüstungskontrollpolitischer Maßnahmen einsetzen, die Stabilität und Vertrauen stärken und zu größerer Offenheit führen.

Artikel 9

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß der in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik eingeleitete wirtschaftliche Umgestaltungsprozeß durch internationale

(3) Uzavřou smlouvu o zjištění průběhu, upřesnění, vyměření, vyznačení a udržování společných státních hranic na základě společné kartografické dokumentace, jakož i o zřízení stálé smíšené hraniční komise.

Článek 4

(1) Smluvní strany potvrzují, že se zdrží hrozby silou nebo použití síly namířené proti územní celistvosti nebo politické nezávislosti druhé Smluvní strany nebo jakýmkoliv jiným způsobem neslučitelně s cíli a zásadami Charty Organizace spojených národů nebo helsinským Závěrečným aktem.

(2) Všechny své spory budou řešit výlučně mírovými prostředky a nikdy nepoužijí zbraně s výjimkou individuální nebo kolektivní sebeobrany. Nikdy a za žádných okolností nepoužijí proti sobě ozbrojené síly jako první.

Článek 5

(1) Smluvní strany budou podporovat proces bezpečnosti a spolupráce v Evropě na základě helsinského Závěrečného aktu a následujících dokumentů Konference o bezpečnosti a spolupráci v Evropě, zejména Pařížské charty pro novou Evropu, a budou jej za spolupůsobení všech členských států dále posilovat a rozvíjet, zvláště využíváním a vhodným rozšiřováním nově vytvořených institucí.

(2) Cílem těchto snah je upevňování míru, stability a bezpečnosti a sjednocování Evropy v jednotný prostor lidských práv, demokracie a právního státu.

Článek 6

Smluvní strany budou všestranně napomáhat upevňování bezpečnosti a vytváření celoevropských kooperativních bezpečnostních struktur. Za tímto účelem budou podporovat zřizování a činnost stálých institucí a orgánů. Budou zejména spolupracovat při využívání nových možností pro společné úsilí v oblasti bezpečnosti.

Článek 7

V případě, že vznikne situace, která podle mínění jedné ze Smluvních stran představuje ohrožení nebo porušení míru nebo může vyvolat nebezpečné mezinárodní komplikace, budou obě Smluvní strany spolupracovat v rámci KBSE, jakož i OSN. Naváží spolu neprodleně spojení a budou usilovat o koordinaci svých pozic a docílení shody o opatřeních vhodných ke zlepšení nebo zvládnutí situace.

Článek 8

Smluvní strany se budou zasazovat o to, aby byly cestou závazných a účinně kontrolovatelných dohod sníženy stavy ozbrojených sil a výzbroje na co možná nejnížší úroveň dostatečnou pro obranu, avšak neumožňující útok. Budou se také společně zasazovat o mnohostranné a dvoustranné rozšiřování opatření k posílení důvěry a stability, jakož i jiných politických opatření kontroly zbrojení, která upevňují stabilitu a důvěru a povedou k větší otevřenosti.

Článek 9

Smluvní strany se shodují v tom, že proces hospodářských přeměn zahájený v České a Slovenské Federativní Republice má být podporován mezinárodní spoluprací. Spolková republika

Zusammenarbeit gefördert werden soll. Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, sowohl bilateral wie auch multilateral auf die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik im Rahmen einer vollentwickelten sozialen Marktwirtschaft hinzuwirken. Damit sollen auch die Bedingungen für eine wesentliche Verringerung der Unterschiede in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa geschaffen werden.

Artikel 10

(1) Mit dem Abschluß eines Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik legen die Europäischen Gemeinschaften, ihre Mitgliedstaaten und die Tschechische und Slowakische Föderative Republik die Grundlage für eine politische und wirtschaftliche Heranführung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik an die Europäischen Gemeinschaften.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland wird die Bemühungen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik um die Herbeiführung von Bedingungen für ihre volle Eingliederung in die Europäischen Gemeinschaften unterstützen.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien werden regelmäßige Konsultationen auf verschiedenen Ebenen abhalten, um eine Weiterentwicklung und Vertiefung ihrer bilateralen Beziehungen sicherzustellen und ihre Haltung zu internationalen Fragen abzustimmen.

(2) Konsultationen auf der Ebene der Regierungschefs finden so oft wie erforderlich, mindestens einmal jährlich, statt.

(3) Die Außenminister tragen für die Durchführung dieses Vertrags in seiner Gesamtheit Sorge. Sie werden mindestens einmal jährlich zu Konsultationen zusammentreffen. Leitende Beamte der beiden Außenministerien, denen politische, wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheiten obliegen, treffen regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu Konsultationen zusammen.

(4) Andere Minister, darunter die Verteidigungsminister, werden sich regelmäßig miteinander konsultieren. Das gleiche gilt für die leitenden Beamten dieser Ministerien.

(5) Die bereits bestehenden gemeinsamen Kommissionen werden ihre Arbeit nach Möglichkeit intensivieren. Neue gemischte Kommissionen werden bei Bedarf nach gegenseitiger Absprache gebildet.

Artikel 12

Die Vertragsparteien unterstützen die Kontakte und den Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamenten zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen und Stärkung der Zusammenarbeit in Europa.

Artikel 13

(1) Die Vertragsparteien unterstützen und erleichtern die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland einerseits und der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik andererseits sowie die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit zwischen Regionen und anderen Gebietskörperschaften, insbesondere im Grenzbereich.

(2) Zu diesem Zweck wird eine Gemischte Kommission gebildet, an der insbesondere Vertreter der grenznahen regionalen und kommunalen Körperschaften sowie der nichtstaatlichen Organisationen beteiligt sind.

(3) Einzelheiten dieser Zusammenarbeit, insbesondere Zusammensetzung und Aufgabenstellung der Gemischten Kommission, werden in einer gesonderten Vereinbarung geregelt, die von internationalen Erfahrungen, insbesondere der Praxis des Europarats, ausgeht.

Německo je připravena působit jak bilaterálně, tak i multilaterálně ve prospěch podpory hospodářského rozvoje v České a Slovenské Federativní Republice v rámci plně rozvinutého sociálního tržního hospodářství. Tím mají být také vytvořeny podmínky pro podstatné snížení rozdílů v hospodářském a sociálním rozvoji v Evropě.

Článek 10

(1) Uzavřením dohody o přidružení mezi Českou a Slovenskou Federativní Republikou a Evropskými společenstvími se vytváří Evropskými společenstvími, jeho členskými státy a Českou a Slovenskou Federativní Republikou základ pro politické a hospodářské zapojení České a Slovenské Federativní Republiky do Evropských společenství.

(2) Spolková republika Německo bude podporovat úsilí České a Slovenské Federativní Republiky o vytvoření podmínek pro její plné začlenění do Evropských společenství.

Článek 11

(1) Smluvní strany budou pořádat pravidelné konzultace na různých úrovních s cílem zabezpečení dalšího rozvoje a prohloubení svých dvoustranných vztahů a koordinace stanovisek k mezinárodním otázkám.

(2) Konzultace na úrovni předsedů vlád se budou konat tak často, jak bude zapotřebí, nejméně jednou ročně.

(3) Ministři zahraničních věcí budou sledovat celkové provádění této Smlouvy. Alespoň jednou ročně se sejdou ke konzultacím. Vedoucí pracovníci obou ministerstev zahraničních věcí, zodpovídající za politické, hospodářské a kulturní záležitosti, se budou pravidelně scházet ke konzultacím alespoň jednou ročně.

(4) Ostatní ministři, včetně ministrů obrany, budou pravidelně uskutečňovat konzultace. Totéž platí o vedoucích pracovnících jejich ministerstev.

(5) Již existující společné komise budou podle možností svou činnost zintenzivňovat. Nové smíšené komise budou vytvořeny podle potřeby na základě vzájemné dohody.

Článek 12

Smluvní strany budou podporovat styky a výměnu zkušeností mezi parlamenty za účelem rozvoje dvoustranných vztahů a posílení spolupráce v Evropě.

Článek 13

(1) Smluvní strany budou podporovat a usnadňovat spolupráci mezi Českou republikou a Slovenskou republikou na straně jedné a zeměmi Spolkové republiky Německo na straně druhé, jakož i dvoustrannou a mnohostrannou spolupráci mezi regiony a jinými územními útvary, zejména v pohraničí.

(2) Za tím účelem bude vytvořena Smíšená komise, již se zúčastní zejména představitelé regionálních a komunálních zastupitelstev v blízkosti hranic, jakož i nestátních organizací.

(3) Podrobnosti této spolupráce, zejména složení a vytýčení úkolů Smíšené komise, budou upraveny zvláštní dohodou, vycházející z mezinárodních zkušeností, zejména z praxe Rady Evropy.

(4) Die Vertragsparteien fördern die partnerschaftliche Zusammenarbeit und die direkten Kontakte zwischen Städten und Gemeinden.

Artikel 14

Die Vertragsparteien werden ihre Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen, insbesondere europäischer Organisationen, vertiefen. Sie werden einander behilflich sein, die Zusammenarbeit mit internationalen, insbesondere europäischen Organisationen und Institutionen zu entwickeln, denen eine Vertragspartei als Mitglied angehört, falls die andere Vertragspartei Interesse bekundet.

Artikel 15

(1) Die Vertragsparteien werden ihre wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit auf allen Gebieten weiterentwickeln. Sie werden im Rahmen ihrer Gesetzgebung und ihrer Verpflichtungen aus internationalen Verträgen, darunter den Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, die günstigsten Rahmenbedingungen, insbesondere auf wirtschaftlichem, finanziellem, rechtlichem und organisatorischem Gebiet für natürliche und juristische Personen für unternehmerische und wirtschaftliche Tätigkeiten schaffen.

(2) Die Vertragsparteien bestätigen ihre Bereitschaft, unter Berücksichtigung ihrer beiderseitigen Interessen und der Zusammenarbeit mit anderen Ländern im Rahmen der multilateralen Finanzinstitutionen, insbesondere des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, zusammenzuarbeiten.

(3) Die Vertragsparteien werden insbesondere die Entwicklung der Zusammenarbeit zur Förderung und zum gegenseitigen Schutz von Investitionen sowie der industriellen Kooperation von Unternehmen unter voller Ausnutzung aller verfügbaren Instrumente fördern. Besondere Aufmerksamkeit wird der Zusammenarbeit zwischen kleineren und mittleren Firmen und Betrieben gelten.

(4) Sie werden darüber hinaus die Zusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft unterstützen und wesentlich ausbauen.

Artikel 16

(1) Die Vertragsparteien werden auf der Grundlage bestehender Übereinkünfte die Zusammenarbeit bei der Nutzung der Möglichkeiten moderner Wissenschaft und Technologie zum Wohl der Menschen und zur Sicherung des Friedens ausbauen.

(2) Sie werden an diesen Zielen orientierte Initiativen von Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen unterstützen.

(3) Sie werden den Zugang zu Archiven, Bibliotheken, Forschungsinstituten und ähnlichen Einrichtungen erleichtern.

Artikel 17

(1) Die Vertragsparteien stimmen darin überein, daß die vorausschauende Abwehr drohender Gefahren für die Umwelt und die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen unverzichtbare Voraussetzungen für eine gedeihliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sind. Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes auf der Grundlage bestehender Übereinkünfte fortzusetzen und auch vertraglich weiter auszubauen.

(2) Besondere Aufmerksamkeit werden sie dem Umweltschutz in den Grenzregionen sowie dem grenzüberschreitenden Umweltschutz widmen.

(3) Sie werden sich darüber hinaus für die Entwicklung abgestimmter Strategien für eine internationale und regionale Umweltpolitik einsetzen, die eine dauerhafte und umweltverträgliche Entwicklung in ganz Europa zum Ziel hat.

(4) Smluvní strany budou napomáhat partnerské spolupráci a přímým stykům mezi městy a obcemi.

Článek 14

Smluvní strany budou prohlubovat svou spolupráci v rámci mezinárodních organizací, zejména evropských. Budou si navzájem pomáhat při rozvíjení spolupráce s mezinárodními, zejména evropskými organizacemi a institucemi, jichž je jedna ze Smluvních stran členem, projeví-li o to zájem druhá Smluvní strana.

Článek 15

(1) Smluvní strany budou nadále ve všech oblastech rozvíjet vzájemnou hospodářskou a finanční spolupráci. V rámci svého zákonodárství a svých závazků na základě mezinárodních smluv, včetně závazků Spolkové republiky Německo, vyplývajících z jejího členství v Evropském společenství, budou fyzickým a právnickým osobám vytvářet nejpríznivější rámcové podmínky, zejména ve finanční, právní a organizační oblasti pro podnikatelskou a hospodářskou činnost.

(2) Smluvní strany, s přihlédnutím ke svým oboustranným zájmům a ke spolupráci s dalšími státy, potvrzují svou ochotu spolupracovat v rámci multilaterálních finančních institucí, zejména Mezinárodního měnového fondu, Světové banky a Evropské banky pro obnovu a rozvoj.

(3) Smluvní strany budou napomáhat zejména rozvoji spolupráce k podpoře a vzájemné ochraně investic, jakož i průmyslové kooperace podniků při plném využití všech použitelných prostředků. Zvláštní pozornost budou věnovat spolupráci mezi menšími a středními firmami a podniky.

(4) Budou kromě toho podporovat a podstatně rozšiřovat spolupráci při přípravě k povolání a dalšímu vzdělávání odborníků a vedoucích hospodářských pracovníků.

Článek 16

(1) Smluvní strany budou na základě uzavřených ujednání rozšiřovat spolupráci při využívání možností moderní vědy a techniky pro blaho lidí a pro zajištění míru.

(2) Budou podporovat iniciativy vědců a výzkumných zařízení zaměřené k těmto cílům.

(3) Budou usnadňovat přístup do archivů, knihoven, výzkumných ústavů a podobných zařízení.

Článek 17

(1) Smluvní strany se shodují v tom, že preventivní obrana před nebezpečími, jež hrozí životnímu prostředí, a trvalé zachování přirozených základů života jsou nezbytnými předpoklady pro zdárný ekonomický a společenský rozvoj. Potvrzují svou odhodlanost pokračovat ve spolupráci v oblasti ochrany životního prostředí na základě existujících ujednání a také ji dále smluvně rozšiřovat.

(2) Zvláštní pozornost budou věnovat ochraně životního prostředí v pohraničních oblastech, jakož i ochraně životního prostředí přesahující hranice.

(3) Dále se budou zasazovat o rozvíjení koordinovaných strategií mezinárodní a regionální ochrany životního prostředí, která si klade za cíl trvalý a pro životní prostředí přijatelný rozvoj v celé Evropě.

(4) Sie werden sich bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen gegenseitig Hilfe leisten.

Artikel 18

(1) Die Vertragsparteien streben eine Erweiterung der gegenseitigen Transportverbindungen im Luft-, Eisenbahn-, See-, Binnenschiffs- und Straßenverkehr sowie der Rohrleitungsverbindungen unter Nutzung modernster Technologien an.

(2) Sie werden sich in Übereinstimmung mit den Grundsätzen guter Nachbarschaft um die Einrichtung und den Ausbau einer größtmöglichen Zahl von Grenzübergängen an der gemeinsamen Grenze für den Eisenbahn- und Straßenverkehr sowie für Fußgänger bemühen. Sie werden dabei auch die Gesichtspunkte des Umweltschutzes und der örtlichen Verkehrsplanung berücksichtigen.

(3) Sie bemühen sich, die Zoll- und Grenzabfertigung zu verbessern und zu beschleunigen sowie die Zusammenarbeit der Zoll- und Grenzverwaltungen weiterzuentwickeln.

(4) Sie werden geeignete Maßnahmen zur Unterstützung und Erleichterung des Reise- und Fremdenverkehrs treffen.

(5) Sie streben auch die Erweiterung, Verbesserung und Harmonisierung der Kommunikationsverbindungen zwischen beiden Ländern unter Berücksichtigung der internationalen und insbesondere der europäischen Entwicklung in Normung und Technologie an. Dies gilt insbesondere für Telefon- und Telexverbindungen sowie für Verbindungen zur elektronischen Datenübertragung.

Artikel 19

Die Vertragsparteien stimmen darin überein, daß in einem zusammenwachsenden Europa die Abstimmung der Raumordnungspolitik, insbesondere zwischen unmittelbaren Nachbarstaaten, notwendig ist. Sie werden deshalb bei der Raumordnung und der räumlichen Planung auf allen Ebenen, insbesondere in Fragen grenzüberschreitenden Charakters, zusammenarbeiten.

Artikel 20

(1) Die Vertragsparteien erfüllen mindestens die in den KSZE-Dokumenten, insbesondere dem Dokument des Kopenhagener Treffens über die menschliche Dimension der KSZE vom 29. Juni 1990, verankerten politischen Verpflichtungen als rechtlich verbindliche Verpflichtungen.

(2) Die Angehörigen der deutschen Minderheit in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, das heißt Personen tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit, die deutscher Abstammung sind oder die sich zur deutschen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen, haben demzufolge insbesondere das Recht, einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und weiterzuentwickeln, frei von jeglichen Versuchen, gegen ihren Willen assimiliert zu werden. Sie haben das Recht, ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz voll und wirksam auszuüben.

(3) Die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik ist persönliche Entscheidung jedes einzelnen, die für ihn keinen Nachteil mit sich bringen darf.

(4) Jeder Angehörige der deutschen Minderheit in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik ist nach Maßgabe vorstehender Bestimmungen gehalten, sich wie jeder Staatsbürger der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik zu verhalten, indem er sich nach den Verpflichtungen richtet, die sich auf Grund der Gesetze dieses Staates ergeben.

(5) Die Tschechische und Slowakische Föderative Republik ermöglicht und erleichtert im Rahmen ihrer geltenden Gesetze der Bundesrepublik Deutschland Förderungsmaßnahmen zugunsten der deutschen Minderheit oder ihrer Organisationen.

(4) Budou si vzájemně poskytovat pomoc při katastrofách a těžkých nehodách.

Článek 18

(1) Smluvní strany budou usilovat o rozšíření vzájemného dopravního spojení v letecké, železniční, námořní, říční a silniční, jakož i potrubní dopravě, s využitím nejmodernějších technologií.

(2) V souladu se zásadami dobrého sousedství budou usilovat na společných hranicích o zřizování a výstavbu co největšího počtu hraničních přechodů pro železniční a silniční dopravu a pro pěší. Přitom budou mít také na zřeteli hlediska ochrany životního prostředí a místního plánování dopravy.

(3) Budou usilovat o zdokonalení a zrychlení celního a pasového odbavování, jakož i o další rozvíjení spolupráce celních a pasových orgánů.

(4) Přijmou vhodná opatření za účelem podpory a usnadňování cestovního ruchu a turistiky.

(5) Budou usilovat také o rozšíření, zlepšení a harmonizaci komunikačních spojení mezi oběma zeměmi s přihlédnutím k mezinárodnímu, zejména evropskému rozvoji v oblasti norem a technologií. To platí zejména pro telefonní a dálkopisné spojení, jakož i pro spojení pro elektronický přenos dat.

Článek 19

Smluvní strany se shodují v tom, že ve sjednocující se Evropě je koordinace politiky územního plánování, zejména mezi bezprostředně sousedícími státy, nutná. Budou proto spolupracovat na všech úrovních při přípravě územních prognóz a územních plánů, zejména v otázkách, které svou povahou přesahují hranice států.

Článek 20

(1) Smluvní strany plní minimálně politické závazky zakotvené v dokumentech KBSE, zejména v dokumentu Kodaňské schůzky o lidské dimenzi KBSE ze dne 29. června 1990 jako závazky právního charakteru.

(2) Proto příslušníci německé menšiny v České a Slovenské Federativní Republice, to znamená osoby mající československé státní občanství, které mají německý původ nebo se hlásí k německému jazyku, kultuře nebo tradici, mají zejména právo – jednotlivě nebo ve společenství s jinými členy své skupiny – na svobodu projevu, zachování a rozvíjení své etnické, kulturní, jazykové a náboženské svěbytnosti bez jakýchkoliv pokusů o asimilaci proti jejich vůli. Mají právo vykonávat svá lidská práva a základní svobody plně a účinně bez jakékoliv diskriminace a v plné rovnosti před zákonem.

(3) Příslušnost k německé menšině v České a Slovenské Federativní Republice je záležitostí osobního rozhodnutí každého člověka, které s sebou pro něj nesmí přinést žádné znevýhodnění.

(4) Každý příslušník německé menšiny v České a Slovenské Federativní Republice je v souladu s výše uvedenými ustanoveními povinen chovat se jako každý státní občan tak, že se řídí povinnostmi, které vyplývají ze zákonů tohoto státu.

(5) Česká a Slovenská Federativní Republika umožňuje a ulehčuje v rámci svých platných zákonů Spolkové republice Německo podporující opatření ve prospěch německé menšiny nebo jejích organizací.

Artikel 21

(1) Personen tschechischer oder slowakischer Abstammung in der Bundesrepublik Deutschland haben das Recht, einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität zu pflegen und frei zu entfalten. Sie haben das Recht, ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz voll und wirksam auszuüben.

(2) Die Inanspruchnahme der in Absatz 1 genannten Rechte ist persönliche Entscheidung jedes einzelnen, die für ihn keinen Nachteil mit sich bringen darf.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland ermöglicht und erleichtert im Rahmen ihrer geltenden Gesetze der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik Förderungsmaßnahmen zugunsten der in Absatz 1 genannten Personen oder ihrer Organisationen.

Artikel 22

(1) Die Vertragsparteien werden insbesondere auf der Grundlage der zwischen ihnen bestehenden Abkommen und Programme den Kulturaustausch in allen Bereichen und auf allen Ebenen intensivieren und ausbauen und damit gleichzeitig zur europäischen kulturellen Identität beitragen.

(2) Die bestehende Gemischte Kommission wird künftig mindestens einmal jährlich zusammentreten, um den Stand des Kulturaustauschs in allen Bereichen zu prüfen und Vereinbarungen über die nächsten Vorhaben zu treffen.

(3) Die Vertragsparteien werden die Zusammenarbeit zwischen kulturellen Institutionen und Organisationen, Vereinigungen von Künstlern sowie direkte Kontakte zwischen Künstlern beider Länder unterstützen.

Artikel 23

Die Vertragsparteien werden das Abkommen über die gegenseitige Errichtung und Tätigkeit von Kultur- und Informationszentren für eine umfassende Tätigkeit dieser Institutionen voll ausschöpfen.

Artikel 24

(1) Die Vertragsparteien werden bei der Erhaltung und Pflege des europäischen kulturellen Erbes zusammenarbeiten. Besonders Aufmerksamkeit widmen sie der Denkmalpflege.

(2) Im Geiste der Verständigung und der Versöhnung werden sie gemeinsame Initiativen in diesem Bereich verwirklichen.

(3) Sie werden sich insbesondere der auf ihrem Gebiet befindlichen Orte und Kulturgüter, die von geschichtlichen Ereignissen sowie kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen und Traditionen der anderen Seite zeugen, besonders annehmen und zu ihnen freien und ungehinderten Zugang ermöglichen. Die genannten Orte und Kulturgüter stehen unter dem Schutz der Gesetze.

Artikel 25

(1) Die Vertragsparteien bekräftigen ihre Bereitschaft, allen interessierten Personen breiten Zugang zu Sprache und Kultur des anderen Landes zu ermöglichen, und sie unterstützen entsprechende staatliche und private Institutionen und Initiativen.

(2) Sie setzen sich mit Nachdruck dafür ein, den Unterricht der Sprache des anderen Landes an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zu erweitern. Sie werden auch Initiativen zur Gründung von Schulen mit Unterricht in beiden Sprachen unterstützen. Sie werden sich bemühen, an ihren Hochschulen die Möglichkeiten des Studiums der Kultur, Literatur und Sprachen des anderen Landes, das heißt der Germanistik beziehungsweise der Bohemistik und Slowakistik, auszubauen.

(3) Sie werden bei der Entsendung von Hochschullektoren, der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften sowie bei der Entwicklung

Článek 21

(1) Osoby českého nebo slovenského původu ve Spolkové republice Německo mají právo – jednotlivě nebo ve společenství s jinými členy své skupiny – zachovávat a svobodně rozvíjet svou etnickou, kulturní, jazykovou a náboženskou svébytnost. Mají právo vykonávat svá lidská práva a základní svobody plně a účinně bez jakékoliv diskriminace a v plné rovnosti před zákonem.

(2) Využívání práv uvedených v odstavci 1 je záležitostí osobního rozhodnutí každého člověka, které s sebou pro něj nesmí přinést žádné znevýhodnění.

(3) Spolková republika Německo umožňuje a ulehčuje v rámci svých platných zákonů České a Slovenské Federativní Republiky podporující opatření ve prospěch osob uvedených v odstavci 1 nebo jejich organizací.

Článek 22

(1) Smluvní strany budou, zejména na základě mezi nimi existujících dohod a programů, zintenzivňovat a rozšiřovat kulturní výměnu ve všech oblastech a na všech úrovních a tím současně přispívat k evropské kulturní identitě

(2) Exstující Smíšená komise se bude v budoucnu scházet alespoň jednou ročně, aby přezkoumala stav kulturní výměny ve všech oblastech a dohodla se na dalších plánech.

(3) Smluvní strany budou podporovat spolupráci mezi kulturními institucemi a organizacemi a uměleckými svazy, jakož i přímé styky mezi umělci obou zemí.

Článek 23

Smluvní strany budou plně využívat dohodu o vzájemném zřizování a činnosti kulturních a informačních středisek pro všestrannou činnost těchto institucí.

Článek 24

(1) Smluvní strany budou spolupracovat při udržování evropského kulturního dědictví a při péči o něj. Zvláštní pozornost budou věnovat péči o památky.

(2) V duchu porozumění a usmíření budou uskutečňovat společné iniciativy v této oblasti.

(3) Budou pečovat zejména o místa a kulturní památky, nacházející se na jejich území, připomínající dějinné události, kulturní a vědecká díla a tradice druhé strany a umožní k nim svobodný a nerušený přístup. Uvedená místa a kulturní památky jsou zákonem chráněny.

Článek 25

(1) Smluvní strany potvrzují svou ochotu umožňovat všem osobám, které o to projeví zájem, široký přístup k jazykům a kulturě druhé země a budou podporovat příslušné státní a soukromé instituce a iniciativy.

(2) Vynaloží veškeré úsilí, aby rozšířily výuku jazyka druhé země na školách a jiných vzdělávacích institucích. Budou také podporovat podněty k zakládání škol, v nichž bude výuka prováděna v obou jazycích. Budou usilovat o to, aby na svých vysokých školách rozšiřovaly možnosti studia kultury, literatury a jazyků druhé země, to jest germanistiky respektive bohemistiky a slovakistiky.

(3) Budou spolupracovat při vysílání vysokoškolských lektorů, přípravě a dalším vzdělávání učitelů, jakož i při přípravě a posky-

und Bereitstellung von Lehrmaterial, einschließlich der Nutzung von Fernsehen, Hörfunk, Audio-, Video- und Computertechnik, zusammenarbeiten.

Artikel 26

(1) Die Vertragsparteien werden die Zusammenarbeit im schulischen Bereich vertiefen. Sie werden die Entsendung von Lehrern sowie den Austausch von Schülern und Lehrern ausbauen und die Anknüpfung von Schulpartnerschaften unterstützen.

(2) Sie streben eine erhebliche Erweiterung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Ebenen und zwischen entsprechenden Institutionen beider Seiten an. Sie werden die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen fördern und weiter ausbauen, und zwar sowohl durch den Austausch von Studenten und wissenschaftlichen Lehrkräften als auch durch gemeinsame Vorhaben.

(3) Sie messen der Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung große Bedeutung bei und werden sie wesentlich ausbauen und vertiefen.

Artikel 27

Die Vertragsparteien werden alle Aktivitäten unterstützen, die zu einem gemeinsamen Verständnis der deutsch-tschechoslowakischen Geschichte, vor allem dieses Jahrhunderts, beitragen. Dazu gehört auch die Arbeit der gemeinsamen Historikerkommission und der unabhängigen deutsch-tschechoslowakischen Schulbuchkonferenzen.

Artikel 28

(1) Die Vertragsparteien werden umfassende Kontakte, insbesondere persönliche Begegnungen zwischen ihren Bürgern fördern, die sie als unerlässliche Voraussetzung für das gegenseitige Kennenlernen und die Vertiefung des Verständnisses zwischen ihren Völkern betrachten.

(2) Sie unterstützen die enge Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Stiftungen, Sportorganisationen, sozialen Einrichtungen, Frauen-, Umweltschutz- und anderen gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden.

Artikel 29

Die Vertragsparteien sind davon überzeugt, daß die künftige Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen wesentlich von dem gegenseitigen Verständnis und der aktiven Beteiligung der jungen Generation abhängt. Sie treten deshalb für umfassende und enge Kontakte der deutschen mit der tschechischen und slowakischen Jugend ein. Sie werden daher die Begegnung, den Austausch und die Zusammenarbeit von Jugendlichen unterstützen und fördern.

Artikel 30

(1) Die Vertragsparteien erklären, daß deutsche und tschechoslowakische Gräber auf ihrem Gebiet in gleicher Weise geachtet und geschützt werden; ihre Pflege wird ermöglicht.

(2) Die Gräber deutscher beziehungsweise tschechoslowakischer Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft, die sich auf ihrem Gebiet befinden, stehen unter dem Schutz der Gesetze und werden erhalten; ihre Erfassung und Pflege wird ermöglicht.

(3) Die Vertragsparteien werden die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen, die für die Pflege dieser Gräber zuständig sind, unterstützen.

Artikel 31

(1) Die Vertragsparteien werden im Einklang mit ihren Rechtsordnungen und unter Berücksichtigung der entsprechenden mehrseitigen Übereinkünfte den Rechtshilfeverkehr in Zivil- und

toivání učebních materiálů, včetně využívání televizní, rozhlasové, audiovizuální a počítačové techniky.

Článek 26

(1) Smluvní strany budou prohlubovat spolupráci v oblasti školství. Budou rozšiřovat vysílání učitelů, jakož i výměnu žáků a učitelů a podporovat navazování partnerských vztahů mezi školami.

(2) Budou usilovat o značné rozšiřování vědecké spolupráce na všech úrovních a mezi příslušnými institucemi obou stran. Budou napomáhat bezprostřední spolupráci mezi vysokými školami a vědeckými výzkumnými zařízeními a nadále ji rozšiřovat, a to jak formou výměny studentů a vědeckých a pedagogických pracovníků, tak i formou společných akcí.

(3) Smluvní strany přikládají velký význam spolupráci při odborném vzdělávání a budou ji proto podstatně rozšiřovat a prohlubovat.

Článek 27

Smluvní strany budou podporovat všechny aktivity, přispívající ke společnému pochopení německo-československých dějin, především tohoto století. K tomu patří také práce společné komise historiků a nezávislých německo-československých konferencí o školních učebnicích.

Článek 28

(1) Smluvní strany budou podporovat všestranné styky mezi svými občany, zejména jejich osobní setkání, která považují za nezbytný předpoklad pro vzájemné poznávání a prohloubení porozumění mezi jejich národy.

(2) Budou podporovat úzkou spolupráci mezi politickými stranami, odbory, církvemi, náboženskými společenstvími, nadacemi, sportovními organizacemi, sociálními institucemi, organizacemi žen, organizacemi pro ochranu životního prostředí a jinými společenskými organizacemi a svazy.

Článek 29

Smluvní strany jsou přesvědčeny o tom, že na vzájemném porozumění a aktivní účasti mladé generace do značné míry závisí budoucí uspořádání vzájemných vztahů. Z toho důvodu se budou zasazovat za všestranné a úzké kontakty české a slovenské mládeže s německou mládeží. Proto budou podporovat a napomáhat setkáním, výměnám a spolupráci mládeže.

Článek 30

(1) Smluvní strany prohlašují, že německé a československé hroby, nacházející se na jejich území, budou stejným způsobem uctívány a chráněny; péče o ně bude umožněna.

(2) Hroby německých, respektive československých obětí válek a panování násilí, nacházející se na jejich území, požívají právní ochrany a jsou zachovávány; jejich registrace a péče o ně bude umožněna.

(3) Smluvní strany budou podporovat spolupráci mezi organizacemi, příslušnými pro péči o tyto hroby.

Článek 31

(1) Smluvní strany budou v souladu se svými právními předpisy a s přihlédnutím k příslušným mnohostranným smlouvám dále rozvíjet spolupráci při poskytování právní pomoci ve věcech

Strafsachen sowie in Verwaltungsangelegenheiten weiter entwickeln. Zum Nutzen ihrer Bürger werden sie ihn vereinfachen und intensivieren.

(2) Sie werden bei der Bekämpfung der Kriminalität, insbesondere des organisierten Verbrechens, des internationalen Terrorismus, der unerlaubten Ein- oder Durchreise von Personen, der Rauschgiftkriminalität und des strafbaren Handels mit Kunstwerken zusammenwirken.

Artikel 32

(1) Die Vertragsparteien werden im Bereich der sozialen Sicherung und der arbeits- und sozialpolitischen Zusammenarbeit ihre Beziehungen ausbauen und vertiefen.

(2) Sie werden sich um eine möglichst umfassende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens bemühen. Besondere Aufmerksamkeit werden sie der Bekämpfung von Infektionskrankheiten und anderen Krankheiten widmen.

Artikel 33

Dieser Vertrag richtet sich gegen niemanden. Er berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen aus geltenden zweiseitigen und mehrseitigen Übereinkünften, die von den Vertragsparteien mit anderen Staaten geschlossen wurden.

Artikel 34

Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Verwirklichung dieses Vertrags werden die Vertragsparteien, unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 11, das im Bericht über das KSZE-Expertentreffen über die Friedliche Regelung von Streitfällen in La Valletta vom 8. Februar 1991 beschriebene Verfahren anwenden.

Artikel 35

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag gilt für die Dauer von zehn Jahren. Danach verlängert er sich um jeweils weitere fünf Jahre, sofern nicht eine der Vertragsparteien den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich kündigt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertragsparteien diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Prag am 27. Februar 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

občanských a trestních, jakož i správních. Ve prospěch svých občanů ji budou zjednodušovat a zintenzivňovat.

(2) Budou spolupracovat v boji proti kriminalitě, zejména organizované zločinnosti, mezinárodnímu terorismu, nepovolenému vstupu či průjezdu osob a nedovolenému obchodu s narkotiky a uměleckými díly.

Článek 32

(1) Smluvní strany budou rozšiřovat a prohlubovat spolupráci v oblasti sociálního zabezpečení, pracovní a sociální politiky.

(2) Budou usilovat o co nejrozsáhlejší spolupráci v oblasti zdravotnictví. Zvláštní pozornost budou věnovat obraně proti nakažlivým chorobám a jiným nemocem.

Článek 33

Tato smlouva není namířena proti nikomu. Nedotýká se práv a závazků vyplývajících z platných dvoustranných a mnohostranných smluv uzavřených Smluvními stranami s jinými státy.

Článek 34

Při odlišnostech v názoru na výklad a provádění této Smlouvy budou Smluvní strany, bez újmy na ustanovení článku 11, uplatňovat postup popsáný ve Zprávě o schůzce expertů KBSE v La Vallettě o mírovém řešení sporů ze dne 8. února 1991.

Článek 35

(1) Tato Smlouva podléhá ratifikaci, ratifikační listiny budou vyměněny co možná nejdříve v Bonnu.

(2) Tato Smlouva vstoupí v platnost dnem výměny ratifikačních listin.

(3) Tato Smlouva platí po dobu deseti let. Poté se její platnost bude prodlužovat vždy o dalších pět let, pokud jedna ze Smluvních stran Smlouvu písemně nevypoví jeden rok před uplynutím příslušné doby platnosti.

Na důkaz toho zmocnění obou Smluvních stran tuto Smlouvu podepsali a opatřili ji pečeti.

Dáno v Praze dne 27. února 1992 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo

Dr. Helmut Kohl
Hans-Dietrich Genscher

Für die Tschechische und Slowakische Föderative Republik
Za Českou a Slovenskou Federativní Republiku

Václav Havel
Jiří Dienstbier

(Übersetzung)

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Spolkový minister zahraničí

Prag, den 27. Februar 1992

V Praze dne 27. února 1992

Sehr geehrter Herr Minister,

im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit möchte ich in Erinnerung rufen, daß während der Verhandlungen folgende Erklärungen abgegeben wurden:

1. Die Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik erklärt, daß die in Artikel 10 erwähnte Perspektive der vollen Eingliederung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik in die Europäischen Gemeinschaften in wachsendem Maße die Möglichkeit schaffen wird, daß sich auch Bürger der Bundesrepublik Deutschland in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik niederlassen können.
2. Beide Seiten erklären übereinstimmend: Dieser Vertrag befaßt sich nicht mit Vermögensfragen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hans-Dietrich Genscher

Seiner Exzellenz
dem Stellvertreter des
Vorsitzenden der Regierung der CSFR
und Minister für Auswärtige
Angelegenheiten
Herrn Jiri Dienstbier
Prag

Vážený pane ministře,

v souvislosti s dnešním podpisem Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou a Slovenskou Federativní Republikou o dobrém sousedství a přátelské spolupráci bych chtěl vzpomenout, že během jednání byla učiněna následující prohlášení:

1) Vláda České a Slovenské Federativní Republiky prohlašuje, že perspektiva plného začlenění České a Slovenské Federativní Republiky do Evropských společenství, uvedená v článku 10, bude vzrůstající měrou vytvářet možnost, aby také občané Spolkové republiky Německo se mohli usazovat v České a Slovenské Federativní Republice.

2) Obě strany prohlašují: Tato Smlouva se nezabývá majetkovými otázkami.

Dovolte mi, vážený pane ministře, ujistit Vás mou nejvyšší úctou.

Hans-Dietrich Genscher

Jeho excelence
Jiří Dienstbier
místopředseda vlády ČSFR
a ministr zahraničních věcí

Praha

(Übersetzung)

Místopředseda vlády ČSFR
a ministr zahraničních věcí

Der Stellvertreter des
Vorsitzenden der Regierung
der CSFR und Minister für
Auswärtige Angelegenheiten

V Praze dne 27. února 1992

Prag, den 27. Februar 1992

Vážený pane ministře,

v souvislosti s dnešním podpisem Smlouvy mezi Českou a Slovenskou Federativní Republikou a Spolkovou republikou Německo o dobrém sousedství a přátelské spolupráci bych chtěl vzpomenout, že během jednání byla učiněna následující prohlášení:

1) Vláda České a Slovenské Federativní Republiky prohlašuje, že perspektiva plného začlenění České a Slovenské Federativní Republiky do Evropských společenství, uvedená v článku 10, bude vzrůstající měrou vytvářet možnost, aby také občané Spolkové republiky Německo se mohli usazovat v České a Slovenské Federativní Republice.

2) Obě strany shodně prohlašují: Tato Smlouva se nezabývá majetkovými otázkami.

Dovolte mi, vážený pane ministře, ujistit Vás mou nejvyšší úctou.

Jiří Dienstbier

Jeho excelence
Hans-Dietrich Genscher
spolkový ministr zahraničí
a vicekancléř
Bonn

Sehr geehrter Herr Minister,

im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit möchte ich in Erinnerung rufen, daß während der Verhandlungen folgende Erklärungen abgegeben wurden:

1. Die Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik erklärt, daß die in Artikel 10 erwähnte Perspektive der vollen Eingliederung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik in die Europäischen Gemeinschaften in wachsendem Maße die Möglichkeit schaffen wird, daß sich auch Bürger der Bundesrepublik Deutschland in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik niederlassen können.

2. Beide Seiten erklären übereinstimmend: Dieser Vertrag befaßt sich nicht mit Vermögensfragen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Jiri Dienstbier

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Hans-Dietrich Genscher
Bonn

Denkschrift

Allgemeines

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der am 7. Oktober 1991 in Prag von den Außenministern paraphiert worden war, wurde am 27. Februar 1992 durch Bundeskanzler Kohl und den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Havel sowie durch beide Außenminister in Prag unterzeichnet. Zusammen mit dem ergänzenden Briefwechsel der Außenminister gleichen Datums, der Teil des Vertragswerks ist, setzt sich der Vertrag das Ziel einer zukunftsorientierten Gestaltung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen im Geiste der Verständigung und der Versöhnung zwischen beiden Völkern. Gleichzeitig ist er Teil eines Vertragsgeflechts harmonisch aufeinander abgestimmter bilateraler Verträge mit anderen Nachbarn und Partnern in Europa, deren gemeinsames Merkmal die Tatsache ist, daß sie die bilateralen Beziehungen mit einer europäischen Perspektive verknüpfen.

Der Vertrag ist auf eine breite und intensive Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei in allen wesentlichen Bereichen angelegt. Damit wird dem gemeinsamen Wunsch Ausdruck verliehen, eine Vorwärtsbewegung auf allen Gebieten – in der Politik einschließlich der Sicherheitspolitik insbesondere bei Abrüstung und Rüstungskontrolle, in Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, im kulturellen Austausch sowie bei der Förderung der Begegnung zwischen den Menschen und insbesondere der jungen Generation – zu erreichen.

Es besteht Einvernehmen, daß der Vertrag den Rahmen für die weitere Gestaltung der Beziehungen bildet, die Umsetzung in einzelne Maßnahmen jedoch, soweit erforderlich, gesonderten Übereinkünften überlassen bleibt.

Das bilaterale Verhältnis wird fest mit den europäischen Strukturen verbunden. Die Abschnitte zur Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle sind geprägt von dem gemeinsamen Verständnis, daß der Aufbau kooperativer Strukturen der Sicherheit in Europa auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki, der Charta von Paris für ein neues Europa sowie der anderen KSZE-Dokumente notwendig ist. Beide Seiten sind sich einig, daß in einem solchen Europa kein Platz für jedwede Form von Aggression ist und daß der KSZE-Prozeß auch den Rahmen für weitere bilaterale Verträge beider Vertragspartner mit anderen europäischen Staaten bildet.

Im Hinblick auf die Europäische Gemeinschaft ist der Vertrag auf die Perspektive einer vollen Eingliederung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik in die Europäischen Gemeinschaften angelegt, der eine Phase der Assoziierung vorausgeht.

Besonderes Augenmerk wurde dem Prozeß des Zusammenwachsens Europas und der Überwindung des Entwicklungsgefälles innerhalb Europas gewidmet. Diesem Ziel ist die Unterstützung des Umgestaltungsprozesses in der Tschechoslowakei im Rahmen einer voll entwickelten sozialen Marktwirtschaft verpflichtet, die insbesondere in den Abschnitten zur wirtschaftlichen, finanziellen sowie regionalen und grenznahen Zusammenarbeit geregelt ist.

Auch der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie, im Umweltschutz, bei der Katastrophenhilfe und im Gesundheitswesen, bei der Verbesserung von Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen, der Raumordnung sowie bei der Erleichterung von Zoll- und Grenzabfertigung kommt in diesem Zusammenhang besonderes Gewicht zu.

Angesichts der Bedeutung der Minderheitenfrage für die weitere Entwicklung der bilateralen und multilateralen Beziehungen enthält der Vertrag eine rechtlich verbindliche Regelung des Status und der Rechte der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei. Die deutsche Minderheit wird in ihrer Existenz förmlich anerkannt und erhält eine rechtlich gesicherte Grundlage für ihre Entfaltung in der angestammten Heimat, indem die in den KSZE-Dokumenten verankerten politischen Verpflichtungen zum Schutze von Minderheiten, wie sie insbesondere im Dokument des Kopenhagener Treffens über die menschliche Dimension der KSZE niedergelegt sind, in dem Vertrag als völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben werden. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Schiedsklausel zu, die vorsieht, daß bei Meinungsverschiedenheiten über Auslegung und Verwirklichung des Vertrags das in La Valletta vereinbarte KSZE-Verfahren zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten Anwendung findet.

Zahlreiche Artikel sind dem kulturellen Austausch und der Begegnung zwischen den Menschen gewidmet.

Der Pflege des kulturellen Erbes der beiden Völker im jeweils anderen Land sowie dem Erhalt von Gräbern der Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft wurden ebenfalls eigene Artikel gewidmet.

Besonderes

Präambel

Die Präambel bringt das beiderseitige Bestreben zum Ausdruck, an die jahrhundertelangen Traditionen fruchtbarer Zusammenarbeit anzuknüpfen und diese Zusammenarbeit im Geiste guter Nachbarschaft auf eine umfassende neue Grundlage zu stellen. Beide Seiten geben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, auch die Folgen der leidvollen Kapitel der gemeinsamen Geschichte durch gemeinsame Bemühungen zu bewältigen. Besonders gedacht wird in diesem Zusammenhang der zahlreichen Opfer, die Gewaltherrschaft, Krieg und Vertreibung in unserem Jahrhundert gefordert haben, sowie des schweren Leids, das vielen unschuldigen Menschen zugefügt wurde. Beide Seiten unterstreichen ihre Entschlossenheit, ein für allemal der Anwendung von Gewalt, dem Unrecht und der Vergeltung von Unrecht mit neuer Ungerechtigkeit ein Ende zu machen.

Des weiteren wird die gemeinsame Verantwortung für den Aufbau eines durch gemeinsame Werte vereinten Europa und die Schaffung einer dauerhaften europäischen Friedensordnung anerkannt und die Entschlossenheit unterstrichen, die Zusammenarbeit im Rahmen bestehender europäischer Strukturen weiter zu intensivieren.

Im Hinblick auf das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 bestätigt die Präambel die Formel des Prager Vertrags vom 11. Dezember 1973 auch hinsichtlich einer Nichtigkeit des Münchener Abkommens. Die tschechoslowakische Seite hatte in den Verhandlungen lange darauf gedrängt, über die Formulierung des Prager Vertrags hinauszugehen und eine Nichtigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an („ex tunc“) im Vertrag zu verankern. Die Bundesregierung hat dies unter Darlegung der deutschen Rechtsposition und mit Hinweis auf die bestehende Übereinkunft in den Artikeln I und II des Prager Vertrags zurückgewiesen. Die genannte Präambelpassage bestätigt den sorgsam austarierten Kompromiß des Prager Vertrags, der die deutsche Rechtsposition in vollem Umfang wahrt.

Im Zusammenhang damit enthält die Präambel eine Tatsachenfeststellung, daß der tschechoslowakische Staat seit 1918 nie zu bestehen aufgehört hat. Damit wird einem Anliegen der tschechoslowakischen Seite Rechnung getragen. Diese hatte sich ursprünglich für eine weitergehende Formulierung eingesetzt, die die Kontinuität der gemeinsamen Grenze seit 1918 bestätigen sollte. Da eine solche Formulierung die Anerkennung der Nichtigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen impliziert hätte, hat die Bundesregierung sie unter Hinweis auf die deutsche Rechtsposition zum Münchener Abkommen als nicht akzeptabel zurückgewiesen. Der vereinbarte Präambelsatz steht im Einklang mit der deutschen Rechtsposition; er bestätigt lediglich die rechtliche Kontinuität des tschechoslowakischen Staates, ohne eine Aussage über den jeweiligen geschichtlichen Gebietsstand der Tschechoslowakei zu treffen.

Schließlich wird in der Präambel noch das gemeinsame kulturelle Erbe und die Bedeutung des Kulturaustauschs hervorgehoben und der besonderen Rolle gedacht, die der jungen Generation bei der Neugestaltung der Beziehungen zukommen soll.

Artikel 1

Artikel 1 nennt die grundlegenden Vertragsziele. Sie umfassen einen bilateralen Aspekt wie auch die Perspektive eines Europa der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Artikel 2

Artikel 2 ist den Grundsätzen gewidmet, die die Gestaltung der Beziehungen bestimmen sollen. Oberstes Ziel ist die Wahrung und Festigung des Friedens und die Verhinderung von Krieg und bewaffneten Konflikten. In den Mittelpunkt der Politik wird der Mensch mit seiner Würde und seinen Rechten gestellt. Beide Vertragsparteien bekennen sich zu ihren Verpflichtungen aus dem Völkerrecht, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen, sowie zu den KSZE-Dokumenten. Sie bekräftigen das Selbstbestimmungsrecht aller Völker.

Artikel 3

In Artikel 3 wird die bestehende Grenze bestätigt. Die Vertragsparteien bekräftigen, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben oder in Zukunft erheben werden. Was Deutschland betrifft, entspricht diese Bekräftigung Artikel 1 Abs. 3 des Vertrags vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf

Deutschland. Besonders hingewiesen wird auf den noch zu schließenden Vertrag über die Feststellung, Berichtigung, Vermessung, Vermarkung und Erhaltung der gemeinsamen Grenze sowie die Einrichtung einer gemischten Grenzkommission.

Artikel 4 bis 8

Die Artikel 4 bis 8 befassen sich mit Fragen der Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle. Übergeordnetes Ziel ist dabei die Festigung von Frieden, Stabilität und Sicherheit sowie der gemeinsame Aufbau kooperativer Strukturen der Sicherheit in Europa auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki und der nachfolgenden KSZE-Dokumente, insbesondere der Charta von Paris für ein neues Europa. Die Formulierungen sind geprägt von der gemeinsamen Überzeugung, daß in einem solchen Europa kein Platz für jegliche Form von Aggression sein kann. Dies wird auch durch Artikel 7 dokumentiert, der die Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Krisen zum Inhalt hat. Artikel 8 enthält das Bekenntnis zum gemeinsamen Ziel einer weitestmöglichen Abrüstung sowie zum Ausbau vertrauensbildender und rüstungskontrollpolitischer Maßnahmen.

Artikel 9

Artikel 9 ist der Unterstützung des wirtschaftlichen Umgestaltungsprozesses in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik gewidmet. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich bereit, bilateral und multilateral auf die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik hin zu einer vollentwickelten sozialen Marktwirtschaft hinzuwirken und damit auch zum Abbau des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles in Europa beizutragen.

Artikel 10

In Artikel 10 erklärt die Bundesrepublik Deutschland ihre Bereitschaft, die Bemühungen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik um die Herbeiführung von Bedingungen für ihre volle Eingliederung in die Europäischen Gemeinschaften zu unterstützen. Die Grundlage hierfür wird in dem Abschluß eines Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik gesehen, der am 16. Dezember 1991 erfolgte.

Artikel 11

In Artikel 11 wird ein regelmäßiger Konsultationsmechanismus zwischen den Regierungschefs sowie anderen Mitgliedern der Regierungen festgelegt und die Zusammenarbeit bestehender sowie noch zu gründender Kommissionen geregelt.

Artikel 12 bis 14

Artikel 12 ist der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten gewidmet. Artikel 13 regelt die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland einerseits und der Tschechischen Republik und Slowakischen Republik andererseits sowie zwischen Regionen und anderen Gebietskörperschaften. Wie mit der Republik Polen soll auch hier eine Gemischte Kommission gebildet werden, die sich mit regionaler Zusammenarbeit, insbesondere im grenznahen Bereich, befaßt.

Artikel 14 behandelt die Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen.

Artikel 15

Artikel 15 regelt den Bereich der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit. Besonderes Augenmerk wird der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen und weitere unternehmerische und wirtschaftliche Tätigkeit gewidmet. Ferner wird die verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen multilateraler Finanzinstitutionen und der Ausbau der Zusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft vereinbart.

Artikel 16

Dieser Artikel hat die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie zum Gegenstand. Initiativen von Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen sollen unterstützt, der Zugang zu Archiven, Bibliotheken, Forschungs- und ähnlichen Einrichtungen erleichtert werden.

Artikel 17

Artikel 17 befaßt sich mit Maßnahmen, die, auch im internationalen Rahmen, die Abwehr drohender Gefahren für die Umwelt und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zum Ziel haben. Besondere Erwähnung findet dabei der grenznahe und grenzüberschreitende Umweltschutz. Ferner regelt der Artikel die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen.

Artikel 18

Dieser Artikel hat die Erweiterung und Verbesserung der Transport- und Kommunikationsverbindungen sowie die Unterstützung und Erleichterung des Reise- und Fremdenverkehrs zum Inhalt. Darüber hinaus erklären beide Vertragsparteien ihr Bemühen um die verstärkte Einrichtung und den Ausbau von Grenzübergängen und die Verbesserung der Grenz- und Zollabfertigung.

Artikel 19

Artikel 19 legt die Grundlage für eine enge Abstimmung der Raumordnungspolitik.

Artikel 20 und 21

In Artikel 20 wird die deutsche Minderheit in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik in ihrer Existenz förmlich anerkannt. Mit weitgehenden Regelungen konnte eine gesicherte Grundlage für ihre Entfaltung in der angestammten Heimat geschaffen werden. Die Verpflichtungen des europäischen Standards der Minderheitenrechte, wie er insbesondere im Dokument der Kopenhagener Treffens über die menschliche Dimension der KSZE niedergelegt ist, wurden rechtlich verbindlich in diesem Artikel verankert. Gleichzeitig ist sichergestellt, daß es sich dabei nur um einen Mindeststandard im bilateralen Verhältnis handelt: die Regelung ist offen für weitergehende Rechte und trägt auch möglichen Weiterentwicklungen des europäischen Standards Rechnung (vgl. Absätze 1 und 2). Die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit ist Sache der persönlichen Entscheidung des einzelnen, die für ihn keinen Nachteil mit sich bringen darf. Ferner ist sichergestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland Förderungsmaßnahmen zugunsten der deutschen Minderheit in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik durchführen kann. Eine zusätzliche Absicherung der Rechte der deutschen Minderheit bietet die allgemeine Schiedsklausel in Artikel 34. Im Vergleich zum Nachbarschaftsvertrag mit der Republik Polen vom

17. Juni 1991 wird im Nachbarschaftsvertrag mit der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik eine in der Form unterschiedliche, dem Inhalt nach jedoch gleichwertige Minderheitenregelung für die Deutschen getroffen, die zudem neueren Entwicklungen der Minderheitenrechte in Europa Rechnung trägt.

Artikel 21 regelt demgegenüber die Rechte von Personen tschechischer oder slowakischer Abstammung in der Bundesrepublik Deutschland. Die hier aufgeführten Rechte sind in vollem Umfang bereits durch die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland garantiert. Durch die unterschiedliche Behandlung der Rechte dieses Personenkreises wird das beiden Seiten gemeinsame Verständnis deutlich, daß es sich bei dem Personenkreis nicht um eine Minderheit handelt. Die tschechoslowakische Seite hat dies in den Verhandlungen ausdrücklich bestätigt.

Artikel 22 bis 27

Die Artikel 22 bis 27 sind den kulturellen Beziehungen gewidmet.

Artikel 22 hat die Intensivierung des Kulturaustauschs auf allen Ebenen zum Gegenstand und verweist auf die Tätigkeit der bestehenden Gemischten Kulturkommission. In Artikel 23 bringen beide Seiten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, die Tätigkeit der Kultur- und Informationszentren zu unterstützen. Artikel 24 ist der Erhaltung und Pflege des kulturellen Erbes gewidmet. Beide Seiten sichern zu, daß sie sich der Kulturgüter und kulturell bedeutsamen Orte der jeweils anderen Seite auf ihrem Gebiet besonders annehmen und zu ihnen freien und ungehinderten Zugang ermöglichen werden. Dabei war gemeinsames Verständnis, daß beide Vertragsparteien den Zugang gewährleisten, soweit er in ihrer direkten Zuständigkeit liegt, beziehungsweise sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für einen solchen Zugang einsetzen, soweit keine staatliche Zuständigkeit gegeben ist. Artikel 25 regelt Förderung und Verbreitung von Sprache und Kultur des anderen Landes an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Besondere Erwähnung findet in diesem Zusammenhang der Austausch von Hochschullektoren, die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften sowie die Entwicklung und Bereitstellung von Lehrmaterial. Artikel 26 hat den Schüler- und Lehreraustausch sowie allgemein die Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen zum Inhalt. Darüber hinaus befaßt sich dieser Artikel mit dem Ausbau der Beziehungen im Bereich der beruflichen Bildung. Artikel 27 ist dem verbesserten Verständnis der deutsch-tschechoslowakischen Geschichte vor allem in diesem Jahrhundert gewidmet und hebt die Arbeit der gemeinsamen Historikerkommission und unabhängigen Schulbuchkonferenzen hervor.

Artikel 28 und 29

In Artikel 28 kommt das Bestreben beider Vertragsparteien zum Ausdruck, persönliche Begegnungen zwischen ihren Bürgern auf allen Ebenen und auch im Rahmen von Organisationen und Verbänden zu fördern. Artikel 29 betont darüber hinaus die besondere Bedeutung, die der jungen Generation für die künftige Gestaltung der Beziehungen zukommt. Daraus erwächst die Verpflichtung, Begegnung und Austausch zwischen den Jugendlichen besonders zu unterstützen.

Artikel 30

Artikel 30 ist dem Schutz und der Pflege von Gräbern der jeweils anderen Seite auf dem eigenen Gebiet gewidmet. Gräber von Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft stehen unter dem Schutz der Gesetze und werden erhalten; ihre Erfassung und Pflege wird ermöglicht. Die tschechoslowakische Seite hat in diesem Zusammenhang in den Verhandlungen ausdrücklich klargestellt, daß die Opfer der Vertreibung zu den Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft gezählt werden. Die Tätigkeit der Organisationen, die für die Pflege dieser Gräber zuständig sind, wird unterstützt. Von einem ausdrücklichen Hinweis auf ein noch zu schließendes bilaterales Abkommen über die Kriegsgräberfürsorge wurde abgesehen, nachdem die tschechoslowakische Seite noch einmal ausdrücklich erklärt hatte, daß Artikel 30 Abs. 2 mit dem Inkrafttreten des Vertrags unmittelbar im bilateralen Verhältnis gilt.

Artikel 31

Artikel 31 enthält Ausführungen zur Weiterentwicklung, Vereinfachung und Intensivierung des Rechtshilfeverkehrs in Zivil- und Strafsachen sowie Verwaltungsangelegenheiten. Absatz 2 regelt des weiteren die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität. In bezug auf die in diesem Zusammenhang ebenfalls genannte Rauschgiftkriminalität bestand Einvernehmen, daß von einem weiten Verständnis dieses Begriffs auszugehen sei, der sich nicht allein auf den Handel mit Rauschgiften beschränkt.

Artikel 32

Artikel 32 regelt die Zusammenarbeit im Bereich der sozialen Sicherung, der Arbeits- und Sozialpolitik sowie im Gesundheitswesen.

Artikel 33

Artikel 33 stellt klar, daß sich der Vertrag gegen niemanden richtet. Darüber hinaus enthält der Artikel eine Unberührtheitsklausel vertraglicher Rechte und Verpflichtungen in bezug auf andere Staaten. Dies ist unter anderem bedeutsam im Zusammenhang mit EG-Verträgen.

Artikel 34

Artikel 34 enthält eine allgemeine Schiedsklausel, die vorsieht, daß bei Meinungsverschiedenheiten über Auslegung und Verwirklichung des Vertrags das in La Valletta vereinbarte KSZE-Verfahren zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten Anwendung findet. Diesem Artikel kommt insbesondere im Zusammenhang mit der Minderheitenregelung in Artikel 20 Bedeutung zu.

Artikel 35

Neben den üblichen Schlußklauseln enthält Artikel 35 die Festlegung der Vertragsdauer auf zehn Jahre mit stillschweigender Verlängerungsmöglichkeit um jeweils weitere fünf Jahre. Diese Vertragsdauer wurde angesichts der

Perspektive einer möglichen vollen Eingliederung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik in die Europäischen Gemeinschaften gewählt.

Briefwechsel

im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit am 27. Februar 1992 in Prag

Nummer 1

Unter Nummer 1 erklärt die Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik ihre Bereitschaft, in der Perspektive einer vollen Eingliederung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik in die Europäischen Gemeinschaften in wachsendem Maße Möglichkeiten für die Niederlassung deutscher Bürger in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik zu schaffen. Dies ist eine Konkretisierung der beiden Vertragsparteien gemeinsamen Überzeugung, daß viele der heute noch offenen Fragen bei Näherrücken eines Beitritts der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften entfallen oder sich leichter lösen lassen werden. Zwar geht die Erklärung der tschechoslowakischen Regierung in ihrer Bestimmtheit über die der polnischen Regierung unter Nummer 2 des Briefwechsels der Außenminister zum deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 hinaus; eine von deutscher Seite gewünschte ausdrückliche Bereitschaftserklärung der tschechoslowakischen Regierung, schon jetzt im Vorgriff auf den angestrebten Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften ein Niederlassungsrecht einzuräumen, ließ sich indes nicht durchsetzen.

Nummer 2

Nummer 2 enthält die wichtige, von beiden Seiten übereinstimmend erklärte Feststellung, daß der Vertrag sich nicht mit Vermögensfragen befaßt. Damit wird klargestellt, daß durch den Vertrag keine direkten oder indirekten Dispositionen über Vermögensfragen getroffen werden. Diese bleiben vielmehr offen. Die tschechoslowakische Seite hatte sich zunächst dafür eingesetzt, im Vertrag einen „Schlußstrich“ unter jegliche gegenseitigen vermögensrechtlichen Ansprüche im Sinne einer Verrechnung dieser Ansprüche zu ziehen. Die Bundesregierung hat demgegenüber deutlich gemacht, daß sie weder direkt noch indirekt über Ansprüche Dritter disponieren kann. Sie hat des weiteren in den Verhandlungen nochmals ihren Standpunkt deutlich gemacht, daß sie die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und die entschädigungslose Einziehung deutschen Vermögens als völkerrechtswidrig betrachtet.